

Texte de la motion du 17 mars 1993

Le Conseil fédéral est chargé de soumettre un projet de révision de la constitution en vertu duquel les communes souhaitant changer d'appartenance cantonale n'auraient besoin plus que de l'assentiment des deux cantons concernés, celui de la Confédération n'étant plus requis.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Bär, Baumann, Béguelin, Borel François, Brügger Cyrill, Bühlmann, Carobbio, Caspar-Hutter, de Dardel, Eggenberger, von Felten, Haering Binder, Hafner Ursula, Ledergerber, Mauch Ursula, Ruffy, Steiger Hans, Thür, Tschäppät Alexander, Ziegler Jean, Züger, Zwahlen (22)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 17. November 1993

Rapport écrit du Conseil fédéral du 17 novembre 1993

1. Ausgangslage

Die geltende Bundesverfassung enthält keine expliziten Regeln über territoriale Veränderungen, weder über die Schaffung neuer Kantone noch über die Teilung und die Verbindung von Kantonen. Auch Kantonswechsel von Gemeinden werden nirgends erwähnt. Massgebend in diesem Zusammenhang sind jedoch Artikel 1 (Garantie des Bestandes der 26 souveränen Kantone, welche die Gesamtheit der Schweizerischen Eidgenossenschaft bilden), Artikel 5 (Gewährleistung des Gebiets der Kantone durch den Bund), Artikel 7 (Verbot von Verträgen politischen Inhalts zwischen den Kantonen), Artikel 80 (Zahl der Mitglieder des Ständerates) und Artikel 118 (jederzeitige Möglichkeit, die Bundesverfassung ganz oder teilweise zu revidieren).

Die überwiegende Lehre geht, gestützt auf diese Artikel, davon aus, dass Aenderungen von Bestand und Gebiet der Kantone einer Bundesverfassungsrevision zugänglich seien; Aenderungen im Bestand der Kantone bedürften einer formellen Verfassungsrevision (Art. 1, ev. Art. 80 BV), und auch Aenderungen im Gebiet der Kantone seien im Verfahren der Verfassungsrevision zu genehmigen. Da die bundesstaatliche Struktur der Eidgenossenschaft ein ausgewogenes Gleichgewicht bilde, genüge es nicht, dass sich die Kantone autonom über Aenderungen verständigten. Neben der Zustimmung des betroffenen Gebiets und der betroffenen Kantone brauche es deshalb zusätzlich die Zustimmung von Volk und Ständen. Diese Zustimmung von Volk und Ständen sei für Aenderungen von Bestand und Gebiet der Kantone konstitutiv. Da die Aenderung des Gebiets der Kantone keine formelle Verfassungsrevision nach sich zieht, könnten nach einer anderen Lehrmeinung Gebietsveränderungen, welche das eidgenössische Gleichgewicht nicht berühren, abschliessend vom Bundesrat oder allenfalls von der Bundesversammlung genehmigt werden. Grenzvereinbarungen hingegen können nach einhelliger Lehre und ständiger Praxis durch Vertrag zwischen den Kantonen vorgenommen werden. Solche Verträge bedürfen der Genehmigung des Bundesrates oder gegebenenfalls der Bundesversammlung (Art. 7 Abs. 2, 102 Ziff. 7 und 85 Ziff. 5 BV).

2. Praxis

Im Zusammenhang mit den Bestrebungen für die Wiedervereinigung der beiden Basel und insbesondere mit der Gründung des Kantons Jura haben sich der Bundesrat und die Bundesversammlung dafür ausgesprochen, dass eine Aenderung des Bestandes oder des Gebiets der Kantone der Zustimmung des betroffenen Gebiets, der beteiligten Kantone sowie des Volkes und der Stände bedarf. Auch für den Anschluss des Laufentals an den Kanton Basel-Landschaft haben sie diese Auffassung vertreten.

3. Frühere Vorstösse im Zusammenhang mit Gebietsveränderungen

Im Jahre 1977 reichten die Kantone Bern und Neuenburg je eine Standesinitiative betreffend die Schaffung einer Verfassungsbestimmung über Aenderungen von Bestand und Ge-

biet der Kantone ein (77.202 bzw. 78.201). Am 12. Dezember 1990 verlangte eine Motion Bonny (90.949) ebenfalls, dass der Bundesrat dem Parlament eine Verfassungsbestimmung über Gebietsveränderungen in der Eidgenossenschaft vorlege. In seinen Stellungnahmen zu diesen Standesinitiativen kam der Bundesrat zum Schluss, dass es zwar als wünschbar erscheine, das geltende Recht in der Verfassung zu verankern, dieses Anliegen jedoch nicht vordringlich sei (BBI 1979 III 1139). Die Bundesversammlung folgte dieser Auffassung des Bundesrates. Sie beauftragte ihn mit einer Motion, dem Anliegen im Rahmen der Totalrevision der Bundesverfassung Rechnung zu tragen (AB 1980 S 55–61, N 791–799). Mit derselben Begründung wurde die Motion Bonny gemäss dem Antrag des Bundesrates als Postulat überwiesen (AB 1991 N 754f.).

4. Schlussfolgerungen

Der Bundesrat hat sich in den letzten Jahren mehrmals zur Problematik der Gebietsveränderung geäussert. Nach seiner Ansicht soll eine verfassungsrechtliche Regelung im Rahmen der Totalrevision der Bundesverfassung verwirklicht werden. In diesem Zusammenhang wird der Bundesrat auch prüfen, ob sich ein Verfassungsartikel über Gebietsveränderungen auf eine blosser Verankerung des geltenden Rechts beschränken soll oder ob gewisse Erleichterungen beziehungsweise Erschwerungen vorzusehen sind.

In seinem Bericht vom 25. März 1992 über die Legislaturplanung 1991–1995 hat der Bundesrat die Absicht bekundet, die Arbeiten zur Vorbereitung einer Totalrevision weiter voranzutreiben und dem Parlament Entwurf und Botschaft zu einer neuen Bundesverfassung vorzulegen (BBI 1992 III 128). Eine vorgezogene Partialrevision wäre deshalb zeitlich nicht opportun.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Ueberwiesen als Postulat – Transmis comme postulat

93.3322

**Motion der grünen Fraktion
Oekologisierung der EMD-Pachtverträge
Motion du groupe écologiste
Contrats de bail à ferme du DMF.
Mesures en faveur de l'environnement**

Wortlaut der Motion vom 17. Juni 1993

Der Bundesrat sorgt dafür, dass auf dem gesamten Grundbesitz des EMD eine konsequente Oekologisierung der Landwirtschaft durchgeführt wird. Er veranlasst, dass die bestehenden Pachtverträge mit Düngeeinschränkungen und einem Pestizidverbot belegt werden.

Texte de la motion du 17 juin 1993

Le Conseil fédéral veille à ce que, sur tous les biens-fonds du DMF, il soit pratiqué systématiquement une agriculture respectueuse de l'environnement. Il fait en sorte que les contrats de bail à ferme existants soient assortis de restrictions en matière de fertilisation et d'une interdiction d'utiliser des pesticides.

Sprecher – Porte-parole: Meier Hans

Schriftliche Begründung

Im Abstimmungskampf um die Initiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär» betonte das EMD immer wieder seine Bereitschaft, für den Umweltschutz einzustehen. Wir Grünen erwarten vom Bundesrat, dass er nun den Tatbeweis antritt.

Développement par écrit

Lors de la campagne précédant la votation sur l'initiative «40 places d'armes, ça suffit! – L'armée doit aussi se soumettre à la législation sur la protection de l'environnement», le DMF n'a cessé de souligner qu'il était prêt à s'engager en faveur de la protection de l'environnement. Nous, les écologistes, nous attendons à présent que le Conseil fédéral nous le prouve par des faits concrets.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 15. September 1993

1. Das EMD hat seine Bereitschaft, für den Umweltschutz einzustehen, lange vor dem Abstimmungskampf um die Volksinitiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär» bekundet und auch durch Taten belegt. So haben sich z. B. auf verschiedenen Grundstücken des EMD gerade dank der jahrzehntelangen militärischen Nutzung naturschützerisch wertvolle Biotope gebildet.

2. Das EMD besitzt rund 25 000 Hektaren Land, das in erster Linie für die militärische Ausbildung benützt wird. Rund 8000 Hektaren des Grundeigentums werden auch landwirtschaftlich genutzt. 5000 Hektaren davon werden als ganze Gewerbe verpachtet, für die mit den zuständigen Fachstellen von Fall zu Fall militärische/landwirtschaftliche Nutzungskonzepte erarbeitet wurden. Darin wurden auch Naturschutzaspekte einbezogen. Daneben verpachtet das EMD rund 3000 Hektaren Einzelparzellen an Landwirte, die damit ihren Betrieb vergrössern können.

3. Die Pächter von EMD-Grundeigentum sind angehalten, die Pachtobjekte ordnungsgemäss zu bewirtschaften und für die Ertragsfähigkeit des Bodens durch sorgfältige Bearbeitung, angepasste Düngung sowie Unkraut- und Schädlingsbekämpfung zu sorgen und dabei gleichzeitig die Auflagen von Natur- und Umweltschutz zu erfüllen.

Trotz der Schwierigkeiten, den sehr verschiedenen Interessen von Militär, Landwirtschaft sowie Natur- und Umweltschutz immer und überall angemessen Rechnung zu tragen, müssen die Pächter einen Ertrag erwirtschaften können, der ihnen und ihren Familien ein Auskommen ermöglicht. Wohl lassen sich die militärischen Auflagen von Fall zu Fall durch Anpassung der Pachtzinsen und die Kosten für die Landschaftsplanung und -pflege durch Oekobeiträge abgelden, doch sind diesen Entschädigungen Grenzen gesetzt.

In der Regel bestehen mit den Pächtern langfristige Verträge, an die das EMD gebunden ist. Allfällige neue Verpflichtungen, wie Düngebeschränkungen und Pestizidverbote, könnten den Pächtern erst nach Ablauf dieser Verträge, bei einer allfälligen Erneuerung, auferlegt werden.

4. Als entscheidendes Instrument für die Oekologisierung der Landwirtschaft wurden in diesem Jahr die Beiträge für besondere ökologische Leistungen eingeführt (Oekobeitragsverordnung vom 26. April 1993, SR 910.132). Sie stützen sich auf den vom Parlament im Rahmen der Neuorientierung der Agrarpolitik im letzten Herbst verabschiedeten neuen Artikel 31b Landwirtschaftsgesetz (LwG). Danach kommen Landwirte in den Genuss von Beiträgen für besondere ökologische Leistungen, sofern sie ihre Wirtschaftsweise entsprechend anpassen. Der Gesetzgeber hat die Massnahme nach dem Prinzip der Freiwilligkeit gestaltet, weil die Oekologisierung der Landwirtschaft Zeit braucht und kaum gegen den Willen der Bauern erfolgen kann.

Das verhält sich für die Pächter des EMD nicht anders. Damit ist eine vermehrte Oekologisierung der EMD-Pachtgüter im Sinne der Motion auf dem freiwilligen Weg über die Beiträge nach Artikel 31b LwG möglich.

5. Eine vermehrte Oekologisierung der Landwirtschaft ist ein Gebot der Stunde und entspricht den agrarpolitischen Beschlüssen des Bundesrates vom 26. April 1993. Der Bundesrat ist allerdings auch der Auffassung, dass die verlangte Ergänzung der EMD-Pachtverträge mit einem generellen Pestizidverbot nicht in jedem Fall die optimale Lösung darstellt.

Das EMD ist hingegen bereit zu prüfen, ob die Oekologisierung der Betriebe gemäss den Anforderungen von Artikel 31b LwG allenfalls in die bestehenden Pachtverträge aufgenommen und ob bei der Erneuerung der Pachtverträge den Pächtern die Umstellung auf integrierte Produktion oder biologischen Landbau empfohlen werden soll.

Das EMD setzt sich zudem dafür ein, dass die Pächter bestehendes Umweltschutzrecht, insbesondere in den Bereichen Düngung und Pflanzenbehandlung (Stoffverordnung) sowie Gewässerschutz (Hofdüngerbehandlung und -verwertung), strikte einhalten.

Rapport écrit du Conseil fédéral du 15 septembre 1993

1. Longtemps avant la votation sur l'initiative «40 places d'armes ça suffit! – L'armée doit aussi se soumettre à la législation sur la protection de l'environnement», l'armée a manifesté sa volonté de s'engager dans le domaine de la protection de l'environnement et a donné les preuves concrètes de son bon vouloir. C'est ainsi que, sur diverses parcelles appartenant au DMF, il a été possible de créer de précieux biotopes, grâce à une utilisation militaire de longue date.

2. Le DMF possède environ 25 000 hectares de biens-fonds qui sont utilisés en premier lieu pour l'instruction militaire. Environ 8000 hectares de ce terrain sont utilisés également par l'agriculture. 5000 hectares sont loués à des entreprises agricoles et font l'objet de plans d'utilisation qui tiennent compte des besoins de l'armée et de l'agriculture et qui sont élaborés spécialement par les organes du DMF. Ces plans incluent également des considérations relatives à la protection de la nature. En outre, le DMF loue environ 3000 hectares de parcelles individuelles à des agriculteurs en vue d'agrandir leur exploitation.

3. Les fermiers qui louent des biens-fonds du DMF sont tenus d'exploiter les terres dans les règles de l'art et de veiller à conserver la fécondité du sol par des labours et un fumage adéquats, de lutter contre les mauvaises herbes et les insectes nuisibles, tout en respectant les exigences de la protection de la nature et de l'environnement.

Malgré la difficulté qu'il y a de tenir compte des intérêts souvent divergents de l'armée, de l'agriculture et de la protection de la nature et de l'environnement, il faut que les fermiers puissent tirer un revenu agricole de leurs terres, qui leur permettent de vivre et de faire vivre leur famille. Certes, il est possible, dans des cas spécifiques, de compenser les exigences militaires en adaptant les loyers et de compenser les coûts de la sauvegarde des paysages par des subventions écologiques. Tous ces dédommagements sont cependant limités.

En règle générale, le DMF conclut des contrats à longue échéance avec les fermiers. D'éventuelles nouvelles conditions telles que des limitations en matière de fumage ou des interdictions de pesticides ne pourraient être imposées aux fermiers que lors du renouvellement de ces contrats.

4. Un instrument décisif destiné à sensibiliser l'agriculture aux problèmes de l'écologie a été créé au cours de cette année par les contributions allouées pour des performances écologiques particulières (ordonnance du 26 avril 1993 sur les contributions écologiques, RS 910.132). Ces contributions sont fondées sur le nouvel article 31b de la loi sur l'agriculture, approuvée par le Parlement l'automne passé, dans le contexte d'une nouvelle orientation de la politique agricole. Cette ordonnance a pour effet de faire bénéficier les agriculteurs de subventions particulières pour des performances en matière d'écologie, dans la mesure où ils adaptent leur exploitation en conséquence. Le législateur a conçu cette mesure selon le principe du volontariat; en effet, pour sensibiliser l'agriculture à l'écologie, il faut du temps et il n'est pas possible de le faire contre la volonté des paysans.

Il en va de même en ce qui concerne les fermiers du DMF. Il sera possible de les sensibiliser mieux aux problèmes de l'écologie par la voie du volontariat et par les contributions conformes à l'article 31b de la loi sur l'agriculture.

5. Il est certain que la motivation écologique de l'agriculture est très actuelle, elle correspond aux décisions en matière de politique agricole du Conseil fédéral du 26 avril 1993. Le Conseil fédéral est cependant de l'avis que d'intégrer une interdiction générale des pesticides dans les baux à fermage du DMF, comme certains le souhaitent, n'est pas une solution optimale.

Toutefois, le DMF est prêt à examiner si des prescriptions écologiques en matière d'exploitation des entreprises, conformes aux exigences de l'article 31b de la loi sur l'agriculture, ne pourraient pas être introduites dans les baux à fermage existants et si, lors du renouvellement de ces baux, il ne pourrait pas être recommandé aux fermiers d'adopter un système de production intégrée, voire de culture biologique.

En outre, le DMF veille à ce que les fermiers appliquent strictement la loi sur la protection de l'environnement, notamment dans le domaine du fumage et du traitement (ordonnance sur les produits), ainsi que dans celui de la protection des eaux (traitement et utilisation des produits de fumage).

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat.

Ueberwiesen als Postulat – Transmis comme postulat

93.3273

Motion Comby

Bundesverwaltung. Vertretung der lateinischen Minderheiten

Administration fédérale. Représentation des communautés linguistiques latines

Wortlaut der Motion vom 4. Juni 1993

Wir beantragen:

– die Grundsätze, die in den Weisungen des Bundesrates vom 12. Januar 1983 über die Vertretung der sprachlichen Minderheiten in der allgemeinen Bundesverwaltung enthalten sind, näher auszuführen, zu ergänzen und für verbindlich zu erklären;

– die Dienststelle für Verwaltungskontrolle des Bundesrates (vgl. Verordnung vom 11. Dezember 1989) mit der Aufsicht über die Einhaltung dieser Grundsätze zu betrauen.

Texte de la motion du 4 juin 1993

Nous proposons de:

– conférer un caractère obligatoire aux principes contenus dans les instructions du Conseil fédéral du 12 janvier 1983 concernant la représentation des communautés linguistiques dans l'administration générale de la Confédération, en les précisant et en les complétant;

– charger le Service de contrôle administratif du Conseil fédéral (cf. ordonnance du 11 décembre 1989) de veiller au respect des principes énoncés dans les instructions précitées.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aguet, Aubry, Berger, Bonny, Borel François, Borradori, Bundi, Caccia, Campionovo, Carobbio, Cavadini Adriano, Chevallaz, Couchepin, Darbellay, Deiss, Ducret, Duvoisin, Epiney, Etique, Eymann

Christoph, Frey Claude, Friderici Charles, Gardiol, Gobet, Guinand, Gysin, Hildbrand, Jeanprêtre, Leuba, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maitre, Mamie, Maspoli, Matthey, Mühlemann, Nabholz, Perey, Philipona, Pidoux, Pini, Poncet, Rebeaud, Robert, Rohrbasser, Sandoz, Savary, Scheidegger, Scheurer Rémy, Schmidhalter, Spielmann, Stamm Luzi, Suter, Theubet, Tschopp, Wanner, Wyss Paul, Ziegler Jean, Zisyadis, Zwahlen (60)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

La Commission de gestion du Conseil national, dans son rapport d'inspection du 1er avril 1992, a stigmatisé la sous-représentation latine dans l'administration fédérale. Elle rappelle, en effet, ce que maints rapports et avis antérieurs ont déjà fait ressortir, à savoir que:

1. les statistiques relatives à la représentation des minorités linguistiques de 1982 à 1990 montrent que la situation des latins ne s'est pas améliorée et qu'elle ne correspond pas encore aux principes directeurs qui régissent les instructions du Conseil fédéral;
2. l'évolution selon les classes de traitement montre que la représentation des minorités linguistiques ne s'est pas améliorée dans les classes où se trouve le personnel d'encadrement moyen et supérieur (cl. 18 à 31 et degré hors classe);
3. la représentation des langues latines à la direction des offices (en date du 1er avril 1988) ne s'est pas améliorée: seule la moitié des directions d'offices sont bilingues au sens des instructions du Conseil fédéral (cf. ch. 22);
4. les germanophones ont plus de chance d'être nommés, étant donné qu'ils sont mieux représentés dans les classes de traitement (18 à 24) qui assurent la relève. Dans ces classes de traitement, on constate une sous-représentation des latins.

Déjà en 1973, l'Association romande de Berne écrivait ce qui suit: «La nécessité d'une équitable participation latine à l'exercice des attributions administratives fédérales a retenu l'attention des autorités et de l'opinion publique depuis des années. Déclarations parlementaires, interpellations, questions et postulats, réponses gouvernementales, instructions du Conseil fédéral, enquêtes et mémoires, ont formé au fil des années un dossier très lourd dont l'actualité demeure entière aujourd'hui.»

De fait, presque rien n'a changé dans ce domaine depuis cette époque. Le rapport précité de la Commission de gestion du Conseil national en a fait la démonstration éloquent. Aussi, les motionnaires sont-ils d'avis que la situation appelle des mesures immédiates.

Les faits enseignent – est-il besoin de le répéter? – que malgré la bonne volonté de certains départements, depuis des décennies les offices ne suivent pas les recommandations du Conseil fédéral. Aussi invitent-ils celui-ci à prendre dans les plus brefs délais les mesures suivantes:

- conférer un caractère obligatoire aux principes contenus dans les instructions du Conseil fédéral du 12 janvier 1983 concernant la représentation des communautés linguistiques dans l'administration générale de la Confédération, en les précisant et en les complétant;
- charger le Service de contrôle administratif du Conseil fédéral (cf. ordonnance du 11 décembre 1989) de veiller au respect des principes énoncés dans les instructions précitées. Indéniablement, la diversité linguistique et culturelle de notre pays constitue une source de richesse et de créativité. Mais le respect de cette diversité exige aussi une représentation plus équitable des communautés linguistiques latines au sein de l'administration générale.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 15. September 1993

Rapport écrit du Conseil fédéral du 15 septembre 1993

Comme le motionnaire, le Conseil fédéral réaffirme l'importance de la diversité linguistique et culturelle de notre pays. Plus que jamais, il poursuit son but de promouvoir l'entente entre les communautés linguistiques tout en préservant leur identité.

Motion der grünen Fraktion Oekologisierung der EMD-Pachtverträge

Motion du groupe écologiste Contrats de bail à ferme du DMF. Mesures en faveur de l'environnement

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.3322
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.12.1993 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2519-2521
Page	
Pagina	
Ref. No	20 023 513

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.